

Correspondent

Ercheint
Montag, Donnerstag,
Sonntag.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich eine Mark

XXXIV.

Leipzig, Sonnabend den 16. Mai 1896.

№ 55.

Erkundigungen sind einzuziehen

vor Konditionsannahme in Kiel bei F. Goeß, Jungmannstraße 23, II, sowie bei Konditionsannahme in der Druckerei des General-Anzeigers in Bonn bei H. Schiffmann, Heerstraße 44 (Dorotheenstraße 31); die Druckerei von Jos. Koch & Wwe. dortselbst ist für Mitglieder geschlossen.

Protokoll

über die Verhandlungen der Graphischen Konferenz in Berlin am 9. Mai 1896.

(Anwesend Vertreter der Buchbinder, Buchdrucker, Buchdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen und Steinbrucker und Lithographen.)

Nach Erledigung der üblichen Formalitäten wies der zum Vorsitzenden der Konferenz bestellte Buchdrucker Böllin kurz auf die Geschichte der schon 1892 auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongress angeregten Graphischen Union hin, welche besonders durch das ablehnende Verhalten der Generalversammlung der Steinbrucker und Lithographen noch hintangehalten worden sei. Buchbinder Dietrich hob rezierend hervor, daß die Kartellierung aller graphischen Berufe nach wie vor für event. Lohnkämpfe nützlich und notwendig sei; die Einheitlichkeit bei Bewegungen und die Sicherstellung der Unterstufungen bildeten die Hauptaufgaben des Kartells. Namentlich in Betrieben, in denen die verschiedenen graphischen Branchen neben einander arbeiteten, wäre eine solche Vereinigung bei irgend welchem Vorgehen von Vorteil. Steinbrucker Müller empfahl gleichzeitig die Schaffung eines Kartells und schlug folgende Resolution vor:

Die heute am 9. Mai versammelten Vertreter der Organisationen der graphischen Berufe (Buchdrucker, Lithographen, Steinbrucker, Buchbinder usw.) erklären ihr Einverständnis mit der Bildung eines Kartells auf nachstehender Grundlage:

Zur Bestreitung der Kosten größerer Kämpfe um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen oder um die Verhütung der Verschlechterung derselben ist ein Reservefonds anzulegen, zu welchem jedes Mitglied der vorgenannten Organisationen vierteljährlich 30 Pf. zu entrichten hat.

Diese Beiträge sind vierteljährlich an den Kassierer des Fonds abzuliefern.

Die Verwaltung und die Kontrolle des Fonds ist eine gemeinschaftliche, aber von den übrigen Verwaltungsgeschäften der Organisationen getrennt. Die Verwaltung hat ihren Sitz in Berlin, sie besteht aus drei aus den einzelnen Berufen zu entnehmenden Personen, welche alljährlich neu gewählt werden müssen.

Unterstützungen aus dem Fonds können erst dann gewährt werden, wenn die Summe von 30000 Mk. angesammelt ist.

Die Höhe der zu gewährenden Unterstützung bestimmen in allen Fällen die Vorstände der kartellierten Organisationen in Gemeinschaft mit der Verwaltung des Fonds.

Bei Streiks einzelner Berufe in einzelnen Anstalten haben diejenigen kartellierten Berufsgenossen, die in derselben Anstalt beschäftigt werden, nach erfolgter Zustimmung ihrer Vereinsvorstände, die Arbeit ebenfalls niederzulegen, sobald damit voraussichtlich ein Erfolg erzielt wird.

Die Agitation ist in der Weise zu betreiben, daß in kleineren Orten nach Möglichkeit allgemeine graphische Versammlungen von den auf Agitation befindlichen Rednern einzuberufen sind.

Alle sich weiter notwendig machen und in dieser Resolution nicht besonders angeführten Bestimmungen treffen die Vorstände der kartellierten Organisationen gemeinsam.

Buchdrucker Massini sprach sich nur bedingungsweise für ein gleichzeitiges Vorgehen aller Arbeiter der verwandten Berufe aus, es müsse wohl erst von Fall zu Fall darüber entschieden werden; leicht könne daselbst sonst zu Gunsten des betreffenden Unternehmers (z. B. bei einer Engagerung der Arbeiterinnen in Buchdruckeranstalten) ein Buchdruckerstreik ausbrechen. Buchdrucker Böllin erklärte in der angeregten Union eine Institution, ähnlich der Generalkommission, welche den einzelnen Organisationen ihre volle Bewegungsfreiheit lasse; es sei ein idealer Anfang zum Zusammenschluß der verwandten Berufsarbeiter. Der Fonds könne nur

bei gleichzeitiger Teilnahme aller graphischen Berufe an einem Streik (in Anspruch genommen werden. Steinbrucker Sillier stand auf dem Boden der Müllerschen Resolution; der Metallarbeiterverband bewies, daß die nach ihm zwar empfehlenswerten Industrieverbände jetzt noch nicht verstanden und für die Arbeiter vorteilhaft seien. Wenn aber in einzelnen Betrieben eine vorwiegende Berufsbranche in der Lage sei, für alle darin thätigen Arbeiter gleichzeitig Verbesserungen durchzuführen, so sei das deren Pflicht. Auch die Buchdrucker-Hilfsarbeiterin Fräulein Wien und Hilfsarbeiter Jahns sprachen sich für ein Kartell aus, davon die Förderung ihrer nur aus Orte beschränkter Organisation und die endliche Zentralisation derselben erwartend. Nach eingehender Debatte wurde an der Resolution der vierte Absatz am Schlusse dahin abgeändert: „... neu gewählt bezw. von den Zentralvorständen bekräftigt werden müssen“, der siebente Absatz gestrichen und dafür gesetzt: „Bei Streiks einzelner Berufe in einzelnen Betrieben kann bei Aussicht auf Erfolg mit Zustimmung der Zentralvorstände gemeinschaftlich in eine Bewegung eingetreten werden“; die so abgeänderte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Es wurde nun das vom Buchdrucker Massini empfohlene gemeinsame graphische Organ eingehend besprochen; die den einzelnen Organen zu ihrer Herstellung entstehenden Kosten würden dann für ein Blatt Verwendung finden können, er (Massini) habe sich ein täglich erscheinendes Blatt unter der Regie eines Chef-Redakteurs und je eines Branchen-Redakteurs gedacht. Nur wenn erst diese Frage gelöst sei, könne an die Verwirklichung eines Gewerkschaftsverbandes gedacht werden. Steinbrucker Sillier vertrat den nämlichen Standpunkt, hielt aber den jetzigen Zeitpunkt noch nicht für geeignet und wünschte durch eine Resolution die Erstrebung dieses Zieles dokumentiert. Buchdrucker Böllin erklärte in einem solchen gemeinsamen Organ die Anfänge zu einer Reihe unlesbarer Streitigkeiten. Steinbrucker Müller wies noch an dem Beispiele der Müller und Konditorien, die kurz nach Schaffung eines gemeinsamen Organs schon wieder mit der Separation hervortraten, nach, daß sich auch bei uns ähnliche Verhältnisse einstellen könnten. Daraus wurde eine auf die Gründung eines graphischen Organs abzielende Resolution zurückgezogen. — Weiter wurde angeregt, in kleineren Orten allgemeine graphische Versammlungen abzuhalten und dieselben in allen Fachorganen gleichzeitig zu publizieren, auch sollen in kleineren Orten die stärkeren Organisationen den schwächeren bei der Agitation und der Eintreibung der Beiträge beihilflich sein. Auf die Frage des Buchdruckers Demuth, ob bei Ausständen auch den unorganisierten Streikenden Unterstützung aus diesem Fonds gewährt werden dürfe, wurde der zu wählenden Kommission die Entscheidung in den einzelnen Fällen überlassen. — Bei ausbrechenden Streiks sind alle Fachorgane sofort mit kurzen Berichten zu bedenken. — Es können (siehe die 30000 Mk. vorhanden sind) bei Bewegungen darlehensweise Unterstützungen gewährt werden. — Die Kommission hat jährlich über ihre Tätigkeit Bericht in sämtlichen Branchenorganen abzustatten. — Bezüglich der Entscheidung bei streitigen Fragen wird die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands als Schiedsinstanz bestimmt.

Zu den vorstehend registrierten Beschlüssen sollen die einzelnen Organisationen unverzüglich Stellung nehmen und dem Buchdrucker Böllin bis zum 1. Juli darüber Kenntnis geben. Die erste Beitragszahlung ist vorbehaltlich der Zustimmung der beteiligten Berufe am 1. Oktober d. J. gedacht.

Korrespondenzen.

R. Berlin. (Generalversammlung des Vereins der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am 28. April.) Vor Eintritt in die Tagesordnung wird des verstorbenen Mitgliedes D. Fenger gedenk gedacht. Dem halbjährlichen Kasfenbericht sind folgende Daten zu entnehmen: Bestand am Schlusse des vorigen Jahres 3326,14 Mk., Einnahme 1446,10 Mk., Ausgabe 946,17 Mk., Bestand am 31. März d. J. 3826,07 Mk. Mitgliederzahl 406. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß ihm vom Ministerium des Innern die Bestimmungen über den Betrieb der Buchdrucker- und Schriftgießereien

zugelassen; dieselben entsprächen im wesentlichen den von der gemischten Kommission aufgestellten. Wegen der Maßfeier entfiel eine lebhafte Diskussion. Nachdem der Vorstand, trotzdem uns der 2. September ausgenommen worden, von einer Maßfeier durch Rubenlassen der Arbeit abgeraten, traten eine Anzahl Redner für die Arbeitsruhe ein, in dessen wurde ein diesbezüglicher Antrag schließlich abgelehnt. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Ernst Verhahn, erster Vorsitzender; C. Riemeyer, zweiter Vorsitzender; Hugo Flajsmann, Kassierer; Georg Reinde, erster Schriftführer; Heuß, zweiter Schriftführer; Jagazlad, Bierling, Joseph Groß und Koch, Beisitzer; Wahlendorfer, Uffenwässer und Schleffler, Revisoren.

-Ch. Chemnitz. Das Vereinsleben in unserer Mitgliedschaft ist gegenwärtig ein sehr reges. Auch die Mitgliederzahl hat sich in letzter Zeit erfreulicherweise gesteigert, sie beträgt jetzt 142. In den letzten Versammlungen kam der allerdings gerechtfertigte Unwille über die bei der letzten Tarifverhandlung herausgesprungenen witzigen Errungenschaften öfters zum Ausdruck; durch die in Aussicht stehende Verögerung der Einführung des Tarifs ist derselbe selbstverständlich nicht beseitigt, wohl aber verstärkt worden. Wir wollen nur wünschen, daß bei der nächsten Tarifberatung am 15. Mai die von Chemnitz beantragten Forderungen, Erhöhung des Sozialzuschlages und Gewährung voller Koalitionsfreiheit, Beachtung finden.

L. Elberfeld, 10. Mai. Die in der auf heute einberufenen Mitgliederversammlung erschienenen Kollegen waren vom besten Geiste befeuert, der sich besonders bei dem wichtigsten Punkte: Stellungnahme zu den Leipziger Beschlüssen, kundgab. Sämtliche Redner verurteilten die kläglichen Resultate der mit so großem Tam-Tam inszenierten Bewegung, welche nur geeignet seien, Zwietracht in die Reihen der Mitglieder zu säen. Eine Bevorzugung der Großdruckfabrie gegen die der Probirung würde Mitglieder erster und zweiter Klasse erzeugen, und nicht jeder könne die Vergünstigung, als Mitglied erster Kategorie zu dienen, beanspruchen. Infolge dieser Sonderstellung tritt die Verammlung auf den Standpunkt der Ludwigshafener Resolution, die, der Situation durchaus entsprechend, vollen Anklang findet.

Erfurt. Die am 4. Mai hier abgehaltene öffentliche Versammlung der Angehörigen des graphischen Gewerbes hatte folgende Tagesordnung: 1. Was haben uns die Leipziger Tarifverhandlungen gebracht? Referent Kollege Otto Michaelis. 2. Wahl einer örtlichen Tarifkommission. 3. Jahresbericht der Ueberwachungskommission. 4. Neuwahl der lehrern. 5. Verchiedenes. Zum ersten Punkt erließ die der Referent Otto Michaelis seines Auftrages in der besten Weise und bediente sich schließlich über die bis jetzt bekannt gewordenen Bewilligungen der verschiedenen Städte, welche keineswegs günstig lauten (siehe Leipzig, Breslau usw.) und das altbekannte Bild zeigten, wie die von den Prinzipals- und Gehilfenvertretern getroffenen Abmachungen von den Druckern gehalten zu werden pflegen. Von Erfurt sei hingegen diesmal ein besseres Resultat zu berichten, da die maßgebenden Druckereien die neunzehnhalbündige Arbeitszeit eingeführt hätten. Erfreulich sei es für uns, daß die Leipziger Prinzipale den Sozialzuschlag für Erfurt auf 10 Proz. erhöhen wollen, wir seien gewiß damit einverstanden, aber verdammen müsse die plötzliche Fürsorge dieser Herren; der Grund hierfür möge wohl darin liegen, daß verschiedene Arbeiten hier hergestellt werden, welche früher Leipzig hatte. Folgende Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung nimmt mit Bedauern von den Beschlüssen der in Leipzig gepflogenen Verhandlungen Kenntnis und erklärt, zur Durchführung dieser minimalen Zugeständnisse keinen Psennt zu opfern. Ferner spricht sich die Versammlung entschieden gegen eine fünfjährige Gültigkeitsdauer aus.“ In seinem Schlußworte bedauerte der Referent, daß gerade die Nichtmitglieder dieser Versammlung fern geblieben seien, welche doch die neuen tariflichen Aufbesserungen mitempfangen, ohne nur einen Finger gerührt zu haben; an ihnen sei es jetzt, dadurch ihren Dank anzustatten, daß sie alle dem Verbande beitreten, da nur dieser für die Interessen der Gehilfen wirksam einzutreten im stande sei. Vom zweiten Punkte der Tagesordnung wurde nach Lage der Sache Abstand genommen. Nach

Bekanntgabe des Jahresberichtes der Ueberwachungs-Kommission wurde dem Kassierer Decharge erteilt und in dieselbe neu- resp. wiedergewählt die Herren Wieste II, Erdmann, Kölsch (Buchbinder), Jung. Den ausständigen Bauarbeitern wurden 30 Mk. bewilligt, ein Antrag, die Bezugsdauer der Konditionslofenunterstützung von 10 auf 20 Wochen zu erhöhen, bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt und schließlich ein Fall vorgebracht, wonach ein bisheriges Mitglied (Buchbinder) gegen die Fachorganisation der Buchbinder agitiert und von letzterer verlangt, dieses Mitglied auszuscheiden; die Versammlung beauftragte die Kommission, diesen Fall zu untersuchen und das betreffende Mitglied zur nächsten Versammlung vorzuladen.

Kassel, 10. Mai. In der gestrigen Versammlung des Ortsvereins nahm die Mitgliedschaft Stellung zu den Leipziger Tarifabmachungen. Sämtliche Redner verzurteilten aufs schärfste die Sonderbestimmungen, wodurch insolge des Dreiflassensystems ein Keil in unsere Reihen getrieben sei. Von den Maschinenmeistern wurde unter allseitigem Beifalle hervorgehoben, daß sie noch bei jeder Bewegung treu mitgekämpft hätten, aber mit den jetzigen Abmachungen niemals einverstanden sein würden. Einstimmig gelangte nachstehende Resolution zur Annahme: „Die Mitgliedschaft Kassel protestiert ganz entschieden 1. gegen die besonderen Bestimmungen für die Maschinenmeister, 2. gegen die Bestimmung, die unter 20000 Einwohner fassenden Städte von der Verkürzung der Arbeitszeit auszuschließen. Die Versammlung geht von der Ansicht aus, daß, wo gleiche Pflichten auch gleiche Rechte sein müßten. Ferner gibt die Versammlung in Anbetracht der so minimalen Aufbesserungen den Gehilfsvertretern bei der in Berlin bevorstehenden endgültigen Beratung auf, unbedingt gegen jedwede Festlegung des Tarifs zu stimmen.“ — Eine Debatte über das Beredertreiben hatte die einstimmige Annahme folgenden Antrages zur Folge: „Das sogenannte Beredertreiben ist durchaus unzulässig.“ — Sonnabend den 2. Mai feierte die Mitgliedschaft in Gemeinschaft mit der Kassierer Typographia das fünfundschwanzigjährige Jubiläum der Kollegen Th. Koppmann, Fr. Junz und R. Staubeband durch einen solennen Kommerz verbunden mit Gesang.

Raumburg a. S. In der am 9. Mai abgehaltenen Ortsvereinsversammlung nahmen wir Stellung zur jetzigen tariflichen Lage. In längerer Debatte, die sich um die „Errungenschaften“ der Tarifkommissionssetzung beschäftigte, wurden die fast negativen Resultate derselben einer herben Kritik unterzogen. Es sei bedauerlich, daß unsere Vertreter Abmachungen eingegangen wären, die geeignet seien, Zwiespalt in die Reihen der organisierten Gehilfschaft zu tragen. Man stelle sich einerseits auf den Standpunkt, daß jetzt, nach dem die Einführung hinausgeschobenen Beschlüsse der Prinzipale in Leipzig und anderen Großdruckstädten, an ein weiteres Verhandeln mit denselben nicht mehr gedacht werden könnte und verlange, daß unsere Vertreter ihre Mandate niederlegen sollten; andererseits war man der Ansicht, die bevorstehenden Verhandlungen abzuwarten, es könnte doch noch „etwas“ herausbringen. Im übrigen wurde betont, für die etwaige Einführung dieser Beschlüsse keinen Mann und keinen Groschen zu opfern, da dieselben in keinem Einklang auch nur mit den kleinsten Opfern dafür ständen. Folgende Resolution wurde mit einer Stimme Mehrheit gegen eine andere, die die Niederlegung der Gehilfsvertreter-Mandate forderte, angenommen: Die heutige Versammlung bedauert, daß von seiten der Prinzipale so wenig für die Einführung der in Leipzig beschlossenen tariflichen Positionen getan wird, daß die Leipziger Prinzipale durch ihren neuerlichen Beschluß die Einführung ganz in Frage gestellt haben und verlangt, daß die Gehilfsvertreter eine neuerliche Tarifgemeinschaft auf keinen Fall eingehen.

n. Künzberg, 12. Mai. Die Anmeldungen zur Beteiligung an unserm am ersten Pfingstfeiertage stattfindenden Gutenbergfeste sind sehr rege und die Teilnahme der Kollegen der umliegenden Druckorte verspricht ziemlich stark zu werden. Für diejenigen Kollegen, die noch unentschieden sind, mag vielleicht die Nachricht in die Wagtschale fallen, daß die einfachen Jahrbüchlein auch für die Rückfahrt gelten, sofern dieselben bei Besuch der Ausstellung daselbst abgestempelt worden sind.

Norderny, 11. Mai. Mit Spannung erwartet man jetzt jede Nummer des Corr. und mich hat namentlich die Nr. 53 interessiert, in der endlich ein geharnischter Protest aus Ludwigshafen a. Rh. gegen die bedauerlichen Abmachungen in Sachen des Tarifs kam. Soll denn wirklich eine zweite Klasse Verbandmitglieder geschaffen werden oder gar drei Sorten: Seher der Großstadt, Seher der Kleinstadt und Drucker. Weinabe kommt man dabei ja zu dem Wahne, als ob nur das Geld aus der Provinz gut wäre, die Provinzler im übrigen aber nichts zu melden haben. Wäre es nicht angelegt, wenn ein Provinzmitglied mit im Zentralvorstand wäre? Rag doch der Tarif zum Teufel fahren, wenn er unsern schönen Verband zersplittert. Die Prinzipale sind ja eigentümlich dumm, daß sie nicht bewilligen, denn dann wäre ja der schönste Antapfel für die Gehilfen fertig. Hier nur drei Mann stark, schließen wir uns voll und ganz der Ludwigshafener Resolution an. Geehrter Herr Redakteur, Sie fangen ja schon an abzuwarten, hoffentlich kommt der jetzige Tarif nie zur Geltung.

i. Pirna. Der bisher am hiesigen Orte herrschende tarifliche Frieden wurde in letzter Zeit durch den Besitzer der Druckerlei der Zeitung Tagespost, Herrn C. A. Walter,

wiederholt gestört. Die Propaganda für die freifinnigen Ideen und die Arbeiterfreundlichkeit dieses Blattes finden keine Anwendung auf die eignen Arbeiter, Theorie und Praxis sind eben zweierlei. Herr W. Nichtschmann, welcher die Druckerlei Ende September v. J. käuflich erwarb, erklärte zwar bei seiner Uebernahme in einer Ansprache an das Personal, daß alles wie beim vorhergehenden Besitzer bleiben solle, aber schon nach einem Vierteljahre wurde einem mit 23 Mk. entlohten Gehilfen (derselbe war seit Gründung des Geschäfts, April 1891, daselbst thätig) gekündigt und als Ersatz ein solcher zum Minimum eingestellt. Aber es sollte noch besser kommen. Zwei weiteren Separat wurde zu Ostern mitgeteilt, daß ihre „Kunst“ in 14 Tagen alle sei. Eine neue billige Kraft, soz. Schweizerdegen, wurde für 15 Mk. eingestellt. Nach weiteren 14 Tagen wurde einem Kollegen wegen „Arbeitsmangels“ gekündigt event. ihm das sofortige Aufhören gnädig gestattet, und der Lohn zweier verheirateter Seher von 23 Mk. auf 20,50 Mk. herabgesetzt. Nun war die Geburt der Gehilfen zu Ende. Am Montage dem 27. April verlangte das gesamte Seherpersonal, daß bei wirklichem Arbeitsmangel der Juleingestellte, in diesem Falle der Schweizerdegen, entlassen werde und die Löhne in der bisherigen Höhe fortgezahlt werden. Da eine Einigung hierüber nicht erzielt wurde, so legte das gesamte Seherpersonal mit Ausnahme des Faktors am Dienstagmorgen die Arbeit nieder; ihm folgte Mittwoch der Maschinenmeister. Zur Herstellung der Zeitung traten außer dem Faktor der Redakteur, der Expedient (beiden letzteren Nichtbuchdrucker) und mehrere Burden an die Kästen. Die Frau des Redakteurs vertritt einwilligen die Stelle ihres zum „gewöhnlichen“ Seher und Wetteur degradierten Mannes. In einer Annonce im Künzberger Anzeiger sucht nun Herr W. Nichtschmann. Ob diese das Geschäft durch billige Löhne emporheben werden, das mag die Zukunft lehren.

Speier, 10. Mai fand hier die 32. ordentliche Generalversammlung der Unterstützungskassen für die Buchdrucker der Pfalz statt. Dieselbe war von Mitgliedern aus Landau, Ludwigshafen, Neustadt und Speier sehr gut besucht. Der Rechnungsbericht pro 1895 ergab folgendes: A. Zufuhrkrantentasse: Einnahme 5622,54 Mk., Ausgabe 1820,45 Mk., Aktivkapital 3801,09 Mk.; B. Witwen- und Waisentasse: Einnahme 11900,27 Mk., Ausgabe 524,35 Mk., Aktivkapital 11275,92 Mk. Um denjenigen in der Pfalz konditionierenden Kollegen, die den genannten Kassen noch nicht angehören, denselben aber gern beitreten möchten, den Eintritt etwas zu erleichtern, wurde für die Zeit vom 15. Mai bis 3. Juli dieses Jahres die Aufnahmegebühr auf 3 Mk. ermäßigt. Ferner wurde beschlossen, den Mitgliedern in Krankheitsfällen von der Zeit ab, mit welcher die Leistungen der gesetzlichen Ortskrantentassen aufhören, für die weitere Dauer der Krankheit als Entschädigung dafür doppeltes Krankengeld zu zahlen, was gewiß sehr humanitär genannt werden kann. Mögen nun recht viele von den Pfälzer Kollegen, die genannten Kassen noch fernstehen, denselben beitreten, nicht nur verheiratete, sondern auch ledige. Wenn letztere glauben, diese Kassen hätten keinen Zweck für sie, da eine Witwen- und Waisentasse damit verbunden, so ist dieses schon der Solidarität wegen ein Irrtum, aber sie dürfen nicht vergessen, daß die älteren Kollegen im Krankheitsfälle auch für die jüngeren eintreten, das Ganze demnach auf gegenseitiger Unterstützung beruht. Als Ort zur Abhaltung der nächstjährigen Generalversammlung wurde Kaiserslautern bestimmt, als Vorstand Kollege Jos. Wiebemann-Neustadt neu- und zum Hauptkassierer Kollege B. Wülker-Neustadt wiedergewählt.

-s- Waldenburg i. Schl. Am 3. Mai fand hier im Hotel Kaiserhof die Bezirksversammlung statt. Hierzu waren aus acht Druckorten 46 Mitglieder, auch mehrere Nichtmitglieder und ein Prinzipal erschienen. Die geringe Beteiligung ist wohl einerseits dem Umstande zuzuschreiben, daß der Bezirk zu ungünstig gelegene Orte aufweist, andererseits dem schon einige Tage anhaltenden Regen. Anders-Waldenburg erstattete den Jahresbericht. Nach diesem sollten bei dem Tarifstilke der Firma Walter & Kropiwoda in Schweidnitz Gutenbergbüchlein die Kauskreiser gespielt haben. Dies werde von einem dortigen Mitglied dahin richtig gestellt, daß, trotz des Angebots des Vorsitzenden des G.-W. Breslau, dessen Ersatz für das ausgetretene Personal zu beschaffen, nur ein Bündler engagiert wurde und auch dieser schon nach einigen Wochen die Druckerlei wieder verlassen mußte. Redner erjudigte die Mitglieder, künftig die Berichte an den Bezirksvorstand stets der Wahrheit entsprechend einzusenden. — Der Bezirksfonds ist im abgelaufenen Jahre nicht in Anspruch genommen worden und beträgt gegenwärtig 280,20 Mk. — Anders erstattete nun Bericht über die Lage im Gewerbe. Am Schlusse seiner Ausführungen empfahl er der Versammlung die Annahme der Resolution der Gehilfsvertreter. Rühlmann-Neurode sprach sein Mißfallen über die Verhandlungen aus und brachte folgende Resolution ein: „Die heute versammelten Buchdruckergehilfen des Bezirks Waldenburg sprechen ihr Mißfallen aus über die geringen Errungenschaften bei den in Leipzig stattgefundenen Verhandlungen in Sachen der Tarifrevision. Sie verwarfen sich entschieden dagegen, daß in Zukunft die Provinzkollegen in betreff der tariflichen Entlohnung und Arbeitszeit sozusagen zu Buchdrucker zweiter Klasse degradiert werden sollen.“ Leisner-Neurode trat für diese Resolution ein, wegen Schlag-Glaz und Schreyer-Freiburg die Schwierigkeiten

betonten, welcher sich einer allgemeinen Einführung des Tarifs im Bezirk entgegenstellen und die Annahme der Leipziger Resolution empfehlen. Die Resolution Rühlmanns wurde gegen 6 Stimmen abgelehnt, dagegen die Resolution der Gehilfsleitung gegen 6 Stimmen angenommen. Die Versammlung ist für eine dreijährige Gültigkeit des Tarifs, jedoch ohne jede Kündigung. — Das Johannistfest wird in Waldenburg abgehalten; der Bezirksvorsitzende ersuchte um recht rege Beteiligung. — Tesch-Neurode stellte den Antrag, den Bezirksstag nicht im Mai abzuhalten, sondern wie in früheren Jahren schon im Februar oder März. Die Versammlung war dafür, daß der nächste Bezirksstag vor dem 15. April in Schweidnitz abgehalten wird und sich an diesen eine allgemeine Versammlung anschließt. Rühlmann-Neurode beantragte noch, daß die Firmen, welche in Belegungszeit großes leisten, im Corr. veröffentlicht werden und die betreffenden Nummern an die Tarifänderer geschickt werden. Nach Annahme dieses Antrages wurde die Versammlung um 2 Uhr geschlossen. — Nach dem Mittagessen vereinigten sich die Kollegen noch zu einem gemütlichen Beisammensein in der Gorkauer Bierhalle, woselbst noch mancher Schoppen auf das Wiedersehen zum Johannistfest geleert wurde.

Aus England. Aus dem soeben veröffentlichten 193. Jahresberichte geht hervor, daß die Londoner Sehergesellschaft in jeder Beziehung Fortschritte gemacht hat. Die Mitgliederzahl ist während des letzten Vierteljahres auf 10407 gestiegen (Zunahme gegen 300) und das Vermögen um 4450 Pfd. Sterl. (auf 35304 Pfd. Sterl.). Das ist hauptsächlich durch den erhöhten Beitrag von 2½ Schill. auf sechs Wochen erzielt worden. Die Zahl der Arbeitslosen schwante zwischen 500 im Januar und 300 im März. Sieben kleinere Streiks verurachten eine Gesamtausgabe von 229 Pfd. Sterl., hiervon entfallen 124 Pfd. Sterl. auf die ausgeschlossenen Kollegen im Morning, welche jedoch jetzt alle durch das Erscheinen zwei neuer täglicher Zeitungen (Daily Courier und Daily Mail) untergebracht sind. — Ueber den Stand der Verhandlungen betreffs des Sechsmaschinentarifs ist zu berichten, daß die Prinzipale ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, den 1894er Tarif bis Ende Juni in Kraft bestehen zu lassen, jedoch verlangen dieselben, daß unsere Delegierten für die bevorstehenden Verhandlungen mit Vollmacht versehen werden, eine bindendes Ueberetkommen abzuschließen; in einigen Tagen findet eine Urabstimmung der Mitglieder über diesen Punkt statt. Durch das Erscheinen einiger deutscher Finanzblätter, regelmäßiger Goldminenberichte usw. war für die hier anwesenden deutschen Kollegen mehr Nachfrage vorhanden, auch haben wir einen kleinen Zuwachs aus dem „Waterlande“ zu verzeichnen; endlich machten sich gewisse lichtsehe Gestalten bemerkbar, welche während der 1891er Bewegung in Deutschland Kauskreiserdienste geleistet, alsdann ihr Heil hier vergeblich versuchten und seitdem in Bäckereien usw. hieselbst ihr Dasein fristeten. Dieselben werden aber bald an die frische Luft befördert. — Mr. George Shipton, der Sekretär des Londoner Gewerkschaftsrates, ist nach fünfundschwanzigjähriger Tätigkeit zurückgetreten und an seine Stelle Mr. James Macdonald, von der Tailors Union, gewählt worden. — Die Anmeldungen von Delegierten zum internationalen Arbeiterkongress laufen so zahlreich ein, daß man befürchtet, die zur Abhaltung des Kongresses in Aussicht genommene St. Martins Town Hall werde nicht ausreichen. Besonders werden Amerika und Australien in diesem Jahre stark vertreten sein. Auf der Tagesordnung der nächsten Delegiertenversammlung unserer Londoner Kollegen steht ebenfalls die Erwählung von Vertretern zu dem internationalen Kongresse. — Nach dem Neusspater Press Directory besitzt das Vereinigte Königreich jetzt im ganzen 2355 Zeitungen, davon erscheinen 202 täglich. Im Jahr 1846 besaß das Vereinigte Königreich nur 551 Zeitungen, darunter 14 tägliche. Hiernach hat sich die Presse des Landes während der letzten fünfzig Jahre mehr als verdreifacht. Auf die verschiedenen Landesstellen verteilen sich die 2355 Zeitungen wie folgt: England: London 483, Provinzen 1357; Wales 100; Schottland 226; Irland 169; auf den verschiedenen kleinen Inseln erscheinen im ganzen 20 Zeitungen. — Die Schiffsbauer in Hull erhöhten den Lohn ihrer Arbeiter freiwillig um 2 Schill. pro Woche; 2000 Personen werden daran partizipieren. — Einen vernünftigen Einfall hatte der vor kurzem verstorbenen Delhändler Mr. George Wence Smith in Southwark (London), als er den größten Teil seines auf 280000 Pfd. Sterl. geschätzten Vermögens seinen Beamten und Arbeitern hinterließ und hiermit wohl nach seinem Tod eine Ehrenschuld abtragen, d. h. das Vermögen an diejenigen zurückstellen wollte, die es ursprünglich für ihn verdient haben. Jeder der auf 300 geschätzten Angestellten erhielt, der Dauer seiner Tätigkeit entsprechend, eine Summe zwischen 200 und 500 Pfd. Sterl. (4000 bis 10000 Mk.).

Kundschau.

Buchdrucker und Verwandtes.

Der neue Tarif hat sich nun auch vereinzelt nach Schlesien vertritt, wo ihn vier Druckereien, darunter die beiden größten in Görlitz und diejenige der Oberschlesischen Grenzzeitung einführen. In Bittau brachte ihn die Firma Haase & Boes zur Geltung, während diejenige von R. Wenzel und R. Böhm nur die 9/10-stündige Arbeitszeit akzeptierten, die geringfügige Lohnerhöhung

von einem event. Beschluß der Tarifkommission in Bezug auf einen Lokalschlag für den Ort abhängig machend. Flensburg, von jeher eine tarifstrenge Stadt, weist nur eine Firma auf, die nicht bewilligt. In Neustadt a. d. H. hat neben der Altendruckerei nun auch die Pfälzische Verlagsanstalt den Tarif eingeführt, desgleichen von den 22 Firmen Darmstadt die Herberichs-Hofbuchdruckerei und in Freiburg im Breisgau die Laubische Offset. In letzterer Stadt hat die lokale Tarifkommission auf dem Verhandlungswege sich alle erdenkliche Mühe gegeben, dem Tarif eine größere Verbreitung zu verschaffen, jedoch vergeblich. Die Prinzipale erklärten, daß sie die Leipziger Abmachungen nicht angingen und sie höchstens nur eine Lohnerhöhung bewilligten. Die Personale zweier Firmen, etwa 40 Mann, kündigten darauf, da am Plage ein sehr flotter Geschäftsgang herrscht, ihre Plätze, um so einen Druck hinter ihre abgewiesenen Forderungen zu setzen. In Leipzig hatte die Firma Walbow den neuen Tarif eingeführt, verlängerte aber auf den Nachspruch der Innung wieder die Arbeitszeit.

Die in Berlin erscheinende polnische Arbeiterzeitung druckte aus einem amerikanischen Blatt einen Artikel ab „Preussischer Katechismus, an den jeder, der nicht ins Gefängnis kommen will, glauben muß“. Natürlich spielte in dem darin enthaltenen Frage- und Antwortspiel der Militarismus die Hauptrolle, aber in einer Form, welche z. B. in den fliegenden Blättern häufig ist. Die Staatsanwaltschaft nahm die Sache sehr ernst, sie erhob Klage wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen und beantragte nicht weniger als vier Monate Gefängnis für den Redakteur. Der Gerichtshof dagegen erkannte, daß es sich in dem Artikel nicht um Tatsachen, sondern um einen mehr oder weniger schlechten Witz handle, der bekanntlich zur Zeit noch frei durchgeht, und sprach den Angeklagten frei. — Eine teure Rottiz brachte das Volksblatt in Stade. Drei Angeklagte, der Verleger und zwei Redakteure wurden zusammen zu 1100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Es wurde in der Rottiz einem Herrn nachgesagt, er habe die Hamburger Arbeiter beschimpft.

Der Buchhändler A. Raumburger in Dresden benutzte den wütlichen oder bloß zur Schau getragenen Patriotismus gewisser Leute dazu, seine Taschen zu füllen. Unter dem Titel „Deutschlands größter Held“ gab er ein Buch heraus „zum Besten der vielen hilfsbedürftigen Invaliden von 1870/71 ohne Pension“ und ließ sich dafür pro Exemplar 20 Mk. bezahlen. A. behauptete vor Gericht, er habe die Invaliden mit 16000 Mk., außerdem bedürftige Handwerker, Konfirmanden usw. unterstützt, der Sachverständige rechnete ihm einen Gewinn von 166000 Mk. an. Der Gerichtshof befand, daß das Buch nicht einem patriotischen Zwecke dienlich sei, sondern nur bestimmt gewesen sei, einen hohen Gewinn einzuhelfen, das Ganze sei ein gemeingefährliches, in großem Umfange betriebenes Unternehmen gewesen, das von Niedrigkeit der Gefinnung des Angeklagten zeuge. Das Urteil lautete wegen Betrugs und versuchter Erpressung auf 1 Jahr 2 Wochen Gefängnis, 3000 Mk. Geldstrafe, event. weitere 300 Tage Gefängnis, 3 Jahre Ehrenrechtsverlust und Tragung der Gerichtskosten. A. wurde sofort wegen Nichterwählung in Haft genommen.

Der in Nr. 46 erwähnte Kampf zwischen dem Generalanzeiger und dem hiesigen Arbeiter in Dresden dauert fort. Beide Blätter bringen langatmige Erklärungen und senden den Zeitungen aller Art Separatabzüge zum Abdruck zu. Auch der Corr. wurde damit bedacht. Wir haben uns seinerzeit auf die Wiedergabe des gerichtlichen Urteils beschränkt und sonach keine Veranlassung, des welters auf den Streit einzugehen.

Öffentliches Leben, Sozialreform, Volkswirtschaft.
Im preussischen Abgeordnetenhaus nahmen die Konservativen einen erfolgreichen Anlauf gegen den Labenschluß um 8 Uhr. Ihr Antrag, der die Regierung aufzufordern, gegen diesen von der Reichstagskommission für Arbeiterstatistik gemachten Vorschlag im Bundesrate zu stimmen, wurde gegen die Stimmen des Zentrums angenommen. Die Regierung habe nicht in „Privatverhältnissen“ eingzugreifen, die fraglichen Vorschläge seien unnötig und gemeinschädlich. Der Abg. Richter tritt das Stedensherb der Selbsthilfe, mußte aber zugeben, daß in den Verhältnissen des kaufmännischen Personales erhebliche Mängel vorhanden sind und daß die Arbeitszeit eine zu lange sei. Sein Ideal ist die Befragung der Ladeninhaber. Wenn am Orte zwei Drittel derselben sich für Festsetzung einer Schlußzeit aussprechen, so soll diese seitens der Lokalbehörden festgesetzt werden. Da können die Angestellten lange auf Verfüzung der Arbeitszeit warten. Der nationalliberale Abg. v. Gynern sieht in solchen Vorschlägen den Gegensatz, den wir Arbeiter ja schon haben. Wer arbeiten wolle, der dürfe daran nicht gehindert werden. Nach dem Abg. Göttsch (freis. Ver.) sind die vielen neuen Gesetze „im Volke“ höchst unpopulär. Abg. Bued (nat.-lib.) kann die Tätigkeit der statistischen Kommission als eine gegenwärtige nicht bezweifle (dieselbe deckt allzu viele Sünden der Unternehmern auf). Abg. Müller (nl.) hält einen allgemeinen Maximalarbeitszeit nicht nur für sozialpolitisch verwerflich, sondern geradezu für ein Verbrechen an der Nation (zu!). Diese Herren Gesetzgeber verlangen vom Staate, daß er ihre Interessen in Schutz nimmt, dagegen sich um das „gemeine Volk“ zu kümmern nicht das Recht habe.

Es war nichts mit der Revision des Staatsanwaltes in Magdeburg, der sich mit der Freipredung der Hoch-Ausdrücker nicht einverstanden erklären konnte,

die wurde vom Reichsgericht abgewiesen. Das Schöffengericht hatte jedes Hoch auf die internationale, völkerverfeindende Sozialdemokratie auf 6 bezw. 3 Wochen Haft tagiert und demgemäß drei Mann verurteilt, das Landgericht dagegen nur den einen, weil in seinem Hoch das Wort „revolutionären“ eingeflochten war und auch diesen nur zu 2 Wochen. Und dabei bleibt es nun — von Rechts wegen.

Der Landesausschuß in Elßaß-Lothringen beschickte sich in seiner Sitzung vom 29. April mit dem sogenannten Diktaturparagrafen. Er führte die Neuerungen des eigentlichen Vertreters der Ausnahme-gesetze, des Herrn v. Puttkamer, im Reichstage, wonach sich in Elßaß-Lothringen niemand um den Paragrafen kümmern, und diejenigen des Herrn v. Köller, daß nur einige Kräfte damit unzufrieden seien, auf ihren wahren Wert zurück, indem er einstimmig sich für die Abschaffung desselben erklärte. Es half dem Herrn v. Puttkamer nichts, daß er dem Landesausschuße zu verstehen gab, dieser habe nur Wünsche zu äußern, nicht die Regierung zu ersuchen, ja das Bestehen eines Gesetzes von Ausnahmegesetzen (wogu z. B. eine ganze Reihe von Präparator-ordnungen, die seit dem Jahr 1735 erschienen sind), in Abrede stellte. Der Abg. Winterer belehrte ihn, daß es doch zweifellos eine Diktatur erster Güte sei, wenn ein einziger Mann alles in der Hand habe, wenn dieser eine Mann jeden aus dem Land ausweisen kann, ohne ihn anzuhören, wenn er bei Tag und Nacht Hausdurchsuchungen vornehmen lassen, die ganze Presse von Elßaß-Lothringen ohne Angabe eines Grundes von heute auf morgen unterdrücken könne, wie es schon mit vielen Blättern geschehen ist.

Berlin, Kassen usw.
Der Oberpräsident von Hannover (v. Bennigsen) hat das Wort Politik dadurch bereichert, daß er darunter auch „die Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen“ versteht. Da die Verbände der Handwerksmacher und der Köpfer diesen Satz in ihrem Statut haben, so sind sie angewiesen worden, Schüler, Lehrlinge und Frauenpersonen von ihren Zusammenkünften fern zu halten. Die Konsequenz der Ausweisung der Frauen ist, daß diese auch außerhalb der Organisation nicht bessere Arbeitsbedingungen erstreben dürfen, weil dies Politik ist.

Der Magistrat in Arnstadt verbot eine öffentliche Versammlung, weil zweifelsohne der Streit in einer dortigen Schuhfabrik besprochen werden solle und dies keine öffentliche Angelegenheit sei, wie sie der § 1 des Gesetzes vom Februar 1874 zur Abhaltung öffentlicher Versammlungen voraussetze und bedinge. Das angelegene Gesetz spricht von der Anmeldung von Versammlungen, welche sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen wollen, daraus scheint der hochweise Magistrat zu schließen, daß andere Versammlungen überhaupt verboten sind. Im übrigen verbot man anderwärts Versammlungen von Gewerkschaften, in denen vom Streit gesprochen werden sollte, weil dies eine öffentliche Angelegenheit sei.

Die Polizei in Linden bei Hannover begünstigt sich nicht damit, den Turnklub Vormärts gelegentlich einer Maskerade für einen politischen Verein zu erklären, sie erklärte auch die Turnrunde für eine politische Versammlung und löste dieselbe, da der Vorsitzende die Entfremdung der minderjährigen jungen Leute verweigerte, auf.

In Köln hat sich eine Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit gebildet. Die Mitglieder, die mindestens 18 Jahre alt sein und zwei Jahre ihren Wohnsitz in Köln haben müssen, zahlen einen wöchentlichen Beitrag von 25 Pf. durch Markeneinlegen in ein Büchlein. Sie erlangen damit bei eintretender Arbeitslosigkeit in der Zeit vom 15. Dezember bis 15. März das Recht auf Arbeit. Wenn Arbeit nicht nachgewiesen werden kann, der erhält für die ersten 20 arbeitslosen Werktage, sofern er verdienet ist, je 2 Mk., Unverdienete 1,50 Mk. den Tag. Als Garantiefonds sind von Ehrenmitgliedern (die 5 Mk. jährlich zahlen ohne Anspruch an die Kasse) und Patronen (einmalige Zahlung von 300 Mk.) 68000 Mk. gesammelt worden. Die Stadt wird für 1896 gemäß eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung einen Zuschuß von 25000 Mk. leisten.

Arbeiterbewegung.
Das preussische Kammergericht hat die gegen zwei freisprechende Erkenntnisse in Sachen des „Luzug“ ist fernzuhalten“ seitens der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision zurückgewiesen. Der Vorderrichter habe nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß durch die fragliche Aufforderung weitere Kreise von Gewerbetreibenden und Arbeitern in Unruhe gesetzt worden und somit grober Unfug verübt sei — diese negative Feststellung lasse einen Rechtsirrtum nicht erkennen. Ferner habe der Vorderrichter den Gegensatz zwischen der unbestimmten Wehrheit (dem größten Publikum) einerseits und einzelnen Personen und einem individuell begrenzten Personenkreise (der Fabrikhaber und die bei ihm streikenden Arbeiter) andererseits zur Genüge festgestellt, es könne somit von einer rechtsirrtümlichen Auffassung des Begriffes Publikum keine Rede sein. Die Staatsanwaltschaft hatte behauptet, es könne auch die Verunruhigung einer einzelnen Person zur Feststellung des Tatbestandes des groben Unfuges hinreichen, sofern diese eine Person sich als Teil des Publikums darstelle.

Verurteilt. Der geschäftsführende Ausschuß der sozialdemokratischen Partei registrierte für den Monat April 4098 Mk. Geld- und 6 Jahre 2 Wochen 4 Tage Gefängnisstrafe, welche über Angehörige der Partei verhängt wurde.

Gestorben.
In Nürnberg am 28. April der Seperinvalide Peter Gampert, 34 Jahre — Rückenfellentzündung.
Briefkasten.
F. in Grünberg: Mitgeteilt, aber noch keine Rückantwort. Gruß. — G. in Würtz: 0,70 Mk. — D. in Hannover: Ja.

Verbandsnachrichten.
Sau Dresden. Der diesjährige Gantag findet Sonntag den 17. Mai, vormittags 11 Uhr, in Dresden im kleinen Saale der Gildenh. Ave. Blumenstraße, statt. Die Tagesordnung befindet sich in Händen der Mitglieder. Vormittags 9 Uhr: Zusammenkunft bei Helbig, Theaterplatz. Von abends 8 Uhr an „Gemütliches Beisammensein“ mit den auswärtigen Delegierten im Garten von Stadt Paris, Gr. Meißner Gasse.
Schleswig-Volstein. Der diesjährige Gantag findet am Sonntag den 24. Mai, morgens von 11 Uhr ab, in Kiel statt. Alles übrige ist den Mitgliedern durch Zirkular bekannt gegeben.
— Die Herren Gantagsdelegierten sind der Kostenersparnis wegen ersucht, für die Fahrt nach Kiel Sonderfahrkarten (zum einfachen Fahrpreise) zu lösen. Dieselben gelangen sowohl Sonnabends als Sonntags zur Ausgabe und berechtigen zur Hin- und Rückfahrt mit Personenzügen auf die Dauer von drei Tagen.

Bezirk Bonn. Die Wohnung des Vorsitzenden H. Schiffmann befindet sich vom 15. Mai ab Dorotheenstraße 31, die des Kassierers F. Meyer, Josephstr. 13 in Bonn.

Hagen i. W. Der Seper Peter Lütke aus Holzem b. Lüß wird hierdurch aufgeföhrt, innerhalb 14 Tagen seinen Verpflichtungen beim Kassierer Aug. Pingel, Hochstraße 5, nachzukommen, andernfalls Ausschluß erfolgt.
Konstanz. Vom 15. Mai ab befindet sich die Wohnung des Bezirksvorstandes Fr. Szimnoff; Untere Laube 23, Htß.

Wirma. Die Adresse des hiesigen Ortskassierers, Kollegen M. Rörbich, befindet sich nicht mehr Markt 8, sondern Waldstraße 4, part.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelagte Adresse zu senden):

In Andern der Seper Alfred Bennewiß, geb. in Goldb. bei Leipzig 1878, ausgl. in Heidelberg 1895; war noch nicht Mitglied. — In Alt-Dreilich der Seper Karl Werner, geb. in Göttingen 1876, ausgl. das. 1893; war noch nicht Mitglied. — R. Goldschagg in Freiburg i. B., Nägelestraße 22.

In Bremen der Drucker Johann Meyer, geb. in Bremen, ausgl. das.; war schon Mitglied. — Fr. Friedhoff, Bagenthornerstraße 47.

In Frankfurt a. M. die Seper I. Heinz. Bohn, geb. in Sulzbach a. R. 1866, ausgl. in Feuerbach bei Stuttgart; war schon Mitglied; 2. Karl Doß, geb. in Sommerfeld 1876, ausgl. das. 1894; 3. Jean Pleß, geb. in Feschenheim 1878, ausgl. in Frankfurt a. M. 1896; 4. Georg Kurtz, geb. in Frankfurt a. M. 1877, ausgl. das. 1896; die Geßer 5. Joh. Gg. Cossolitz, geb. in Marborn 1870, ausgl. in Frankfurt a. M. 1887; 6. Georg Tragert, geb. in Offenbach 1857, ausgl. das. 1875; 7. Franz Bauer, geb. in Heusenstamm 1870, ausgl. in Offenbach 1888; 8. Adam Pfeifer, geb. in Biebet 1875, ausgl. in Offenbach 1893; 9. Wilhelm Henrici, geb. in Schwanheim 1876, ausgl. in Frankfurt a. M. 1894; waren noch nicht Mitglieder; 10. Theodor Meyer, geb. in Oberarr 1868, ausgl. in Offenbach 1887; war schon Mitglied. — A. Dorfsch, Bürgerstraße 12.

In Kaiserslautern der Seper Ludw. Hassinger, geb. in Weisenheim 1866, ausgl. das. 1884; war noch nicht Mitglied. — In Birmahers der Seper Friedrich Baibelich, geb. in Fünffrumm 1877, ausgl. in Altenfeld 1895; war noch nicht Mitglied. — Fr. Stachelroth, Kaiserslautern, Weichstraße 23.

In Neustadt i. D.-Schl. der Seper Ernst Klamer, geb. in Neustadt i. D.-Schl. 1877, ausgl. das. 1896. — Emil Müller, Oppeln, Fallenderberger Straße 1.

In Regensburg der Seper Michael Reidel, geb. in Regensburg 1851, ausgl. das. 1869; war schon Mitglied. — J. Walter, Stadtmohf, Gasthof Kolombo.

In Bittau der Seper Max Helbig, geb. in Böhau 1875, ausgl. in Bittau 1893; war schon Mitglied. — H. Stenbrück, Dresden, Schumannstraße 55, part.

In Frauenfeld (Schweiz) der Seper Friedr. Weder, geb. in Marburg (Hessen) 1877, ausgl. das. 1894; war noch nicht Mitglied. — Aug. Ammann in St. Gallen, Oberstraße 81.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.
Hauptverwaltung. Bericht vom Monat März.
a) Auf der Reise: Uebernommen vom vorhergehenden Monat 102 Mitglieder, aus Kondition kamen 171, aus dem Auslande 18 (darunter 7 Mitglieder gegenseitiger Vereine), aus konditionslosem Aufenthalt 16, frank war 1, zusammen 308 Mitglieder (267 S., 40 Fr., 1 G.), darunter 14 Mitglieder gegenseitiger Vereine;

